



Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäuml, Ruth Waldmann, Katja Weitzel, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl SPD**

Statt unausgegorener Ankündigungen - Angebot des Vorkurses „Deutsch 240“ sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zunächst das bestehende Angebot der Vorkurse „Deutsch 240“ abzusichern und entsprechend den gestiegenen Bedarfen auszuweiten, da Herr Ministerpräsident Dr. Markus Söder vor allem in der letzten Zeit immer wieder darauf hinweist, dass es wichtig sei, die Kernkompetenz Sprache bei Grundschulkindern zu stärken. Allerdings entfallen in Bayern aufgrund des zunehmenden Personal mangels – sowohl in den Kitas als auch in den Schulen – immer mehr Stunden im Vorkurs „Deutsch 240“.

Die Staatsregierung wird zudem aufgefordert, dem Landtag zeitnah ein Konzept vorzulegen, wie das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel verpflichtender Sprachstandserhebungen vor Schulbeginn sowie daran anknüpfender Sprachfördermaßnahmen umgesetzt werden soll.

Begründung:

In ihrem Koalitionsvertrag hat sich die Staatsregierung das Ziel gesetzt, „flächendeckende Sprachtests vor der Aufnahme in die Schule“ einzuführen und Kinder mit „zu großen Sprachdefiziten“ dazu zu verpflichten, ein Vorschuljahr oder einen Sprachkurs zu absolvieren. Grundsätzlich neu ist diese Ankündigung nicht, denn bereits jetzt werden Kinder vor dem Übertritt in die Schule auf ihre sprachlichen Fähigkeiten getestet. Grundlage hierfür sind die Beobachtungsbögen SSMIK und SELDAK. Ein Verfahren, das sich bislang bewährt hat. Kinder, die zusätzlichen Sprachförderbedarf aufweisen, erhalten hieran anschließend das Angebot, durch den Besuch des Vorkurses „Deutsch 240“ ihre Defizite aufzuholen. Die Vorkurse umfassen 240 Stunden und werden zu gleichen Anteilen von pädagogischen Fachkräften in Kindertageseinrichtungen und von Grundschullehrkräften durchgeführt.

Sowohl die Rückmeldungen aus der Fachpraxis in Kitas und Schulen als auch Anfragen der SPD-Fraktion (Drs. 18/26232; 19/118) zeigen jedoch, dass die angebotenen Stunden in den Vorkursen aufgrund fehlenden Personals rückläufig sind. Gab es im Schuljahr 2020/2021 noch 9 191 wöchentlich erteilte Stunden im Vorkurs „Deutsch 240“, waren dies im Schuljahr 2021/2022 noch 8 737 wöchentlich erteilte Stunden, im Schuljahr

2022/2023 noch insgesamt 7 771 wöchentlich erteilte Stunden. Und dies, obwohl der Bedarf grundsätzlich gestiegen ist.

Vor diesem Hintergrund erscheint das Ziel des Koalitionsvertrages, verpflichtende Sprachstandserhebungen vor Schulbeginn sowie daran anknüpfende Sprachfördermaßnahmen anzubieten, nur schwer umsetzbar. Zumal – wie eine ergänzende schriftliche Anfrage an das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales zeigt – viele Fragen noch offen sind, etwa ob die Vorkurse „Deutsch 240“ in ihrer jetzigen Form überhaupt bestehen bleiben (um dann entsprechend ausgeweitet zu werden)? Ob das letzte Kindergartenjahr kostenfrei sein wird, da der Besuch einer Sprachfördermaßnahme verpflichtend sein soll? Oder welches Ressort die politische Federführung für das Angebot übernehmen wird?

Um alle diese Fragen zu klären, wird die Staatsregierung aufgefordert, dem Landtag zügig ein Konzept zur geplanten Umsetzung vorzulegen. Vorrangiges Ziel sollte es jedoch zunächst sein, das bestehende Angebot der Vorkurse „Deutsch 240“ zu sichern, um Kindern, die jetzt Unterstützungsbedarf haben, ein entsprechendes Angebot machen zu können. Perspektivisch gilt es, das Unterstützungsangebot auszuweiten und die sprachliche Förderung in der Kita-Finanzierung fest zu verankern. Unausgegrenzte Ankündigungen sind hingegen wenig hilfreich.